

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) in Germany, featuring the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font. Below the text is a thick, horizontal orange bar.

Koalitionsvereinbarung

zwischen

der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des ZV VRR

und

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Verbandsversammlung des ZV VRR

für die Wahlperiode 2014-2020

Rückblick auf die Wahlperiode 2009 bis 2014

In der abgelaufenen Wahlperiode haben die Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / DIE Grünen erstmals auf VRR-Ebene kooperiert. Gemeinsam ist es uns gelungen, das Leistungsangebot auszubauen, die Qualität im ÖPNV zu verbessern, das Ticketangebot fahrgastfreundlich und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln und die Wirtschaftlichkeit des Schienennahverkehrs zu steigern. Besondere Schwerpunkte bildeten dabei

- Die Erhaltung und Verbesserung des Leistungsangebotes auf der Schiene z.B. durch den Ausbau des Nachtexpress-Angebotes, Erhöhung der Platzkapazitäten auf der „zentralen Achse“ DO- DU – D- K“ und Attraktivierung von Nebenstrecken wie der Emschertalbahn (RB 43)
- Die Reaktivierung von Bahnstrecken wie die in Realisierung befindliche Verlängerung der REGIO-Bahn von Mettmann nach Wuppertal
- Beendigung des Rechtsstreit mit der DB AG, durch einem für alle Seiten tragfähigen Kompromiss
- Die Förderung klimafreundlicher Fahrzeugtechnologien wie von Hybrid- und Elektrobussen
- Die Einführung eines Sozialtickets, damit auch finanzschwache Haushalte mobil sein können

Erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen

Unsere erfolgreiche Zusammenarbeit wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode fortsetzen. Dabei verfolgen wir die Zielsetzung, den ÖPNV im Ballungsraum Rhein-Ruhr als Kernelement nachhaltiger Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten und auszubauen. Dabei haben die folgenden Handlungsfelder eine besondere Bedeutung:

Reaktivierung von Bahnstrecken und Haltepunkten

Bedarfsgerechte Reaktivierung von Bahnstrecken wie der Ratinger Weststrecke, der Hertener Bahn oder der „Velberter Kurve“ bleiben auf unserer Agenda; weiterverfolgen werden wir auch die Verlängerung der REGIO-Bahn von Kaarst in den Kreis Viersen bis nach Venlo.

Den Rhein-Ruhr-Express (RRX) zügig auf die Schiene setzen

Die Einführung des RRX bedeutet einen „Quantensprung“ im Nahverkehr auf der zentralen Achse zwischen Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Köln. Im Rahmen des VRR-Fahrzeugfinanzierungsmodells haben wir erreicht, dass bereits ab 2018 schrittweise ein RRX-Vorlaufbetrieb mit komfortablen neuen Fahrzeugen realisiert wird. Mit dem Beginn der erforderlichen Planfeststellungsverfahren zur notwendigen Erweiterung der Infrastruktur schafft die DB AG nunmehr weitere Voraussetzungen, um den RRX zügig auf die Schiene zu setzen. Wir sprechen uns für einen zusätzlichen Halt in Düsseldorf-Benrath aus.

Attraktive und gerechte Preisangebote für alle Bevölkerungsgruppen

Wir haben die verbundweite Einführung des Sozialtickets gegen einigen Widerstand durchgesetzt. Damit können nun auch finanzschwache Haushalte im Nahverkehr mobil sein und am sozialen und kulturellen Leben ihrer Stadt / ihres Kreises teilhaben. Für uns ist das Sozialticket eine Erfolgsgeschichte, an der wir festhalten und die wir ausbauen wollen. Dies setzt allerdings voraus, dass auch das Land NRW weiterhin seiner Verantwortung gerecht wird und die entstehenden Mindereinnahmen ausgleicht.

Wir wollen die Wirkung des Sozialtickets untersuchen und potentielle NutzerInnen zu möglichen Bedarfen nach anderen Angebotsformen befragen lassen (Mehrfahrtenticket, Übertragbarkeit)

Das Semesterticket für Studenten und das Schokoticket für Schüler sind weitere Eckpunkte zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität, an denen wir festhalten wollen. Wir halten hier allerdings eine moderate Preisangleichung für vertretbar, da das Preisniveau in anderen Segmenten (z.B. Ticket 1000 und Youngticket) deutlich höher liegt.

ÖPNV-Qualität vor Ort bei der Preisgestaltung berücksichtigen

In Großstädten mit Stadtbahnnetz und dichtem Taktangebot werden Preisanpassungen bedeutend besser akzeptiert als am Ballungsrand. Dies wollen wir bei zukünftigen Preisanpassungen stärker berücksichtigen, anstatt die Fahrpreise pauschal entsprechend der allgemeinen Kostenentwicklung zu erhöhen. Dabei wollen wir auch die finanziellen Nöte der Kommunen und ihrer Verkehrsunternehmen im Auge behalten.

Zugangshemmnisse zum ÖPNV beseitigen – die Möglichkeiten neuer Techniken verantwortungsvoll einsetzen

Der Zugang zum System ÖPNV muss für die KundInnen einfacher und transparenter werden. Hierzu gehören ein leicht durchschaubares und gerechtes Tarifsysteem, die bargeldlose Ticketbuchung und –bezahlung (e-ticketing) und der Ausbau der stationären und mobilen Fahrgastinformation. An den etablierten kundenfreundlichen Angeboten im Segment der Zeitkarten (z.B. Ticket 2000, Schoko-Ticket) wollen wir dabei festhalten.

Marode Infrastruktur erneuern und behindertenfreundlich ausbauen

Bahnhöfe und Stationen, aber auch die Stadtbahninfrastruktur unserer Städte sind „in die Jahre gekommen“ und bedürfen einer Grunderneuerung. In diesem Zusammenhang achten wir darauf, dass die knappen Fördermittel von Bund und Land möglichst Nutzen stiftend und nicht für Prestigeobjekte ausgegeben werden. Hierzu gehört vor allem, der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen und den ÖPNV flächendeckend behindertengerecht auszubauen.

Wir werden uns darüber hinaus für die Fortsetzung der Modernisierungsoffensive von Bahnhöfen und SPNV- Stationen einsetzen. Die aufgebauten gut funktionierenden Projektstrukturen der MOF 2 sollen dabei genutzt werden um die Barrierefreiheit an SPNV-Stationen weitgehend herbei zu führen.

NutzerInnensicht stärker beachten

Wir wollen die Sicht der NutzerInnen stärker einbeziehen und zum Beispiel den Stations- und Qualitätsbericht hinsichtlich der Kategorisierung und Wertung dahingehend weiterentwickeln.

Intermodalität und klimafreundliche Technologien fördern

Stärker als früher wählen die Bürger/innen ihr Verkehrsmittel je nach Fahrtweg und Fahrtzweck flexibel aus. Für viele junge Leute ist das Auto kein Statussymbol mehr. Mit der Marktdurchdringung von e-bikes und pedelecs wird der Fahrradverkehr für die Nahmobilität an Bedeutung gewinnen. Damit ändert sich auch die Rolle des ÖPNV. Wir sehen den ÖPNV als Teil eines Gesamtsystems, in dem die technischen Voraussetzungen für die Verknüpfung mit dem Individualverkehr weiter ausgebaut werden müssen.

ÖPNV „aus einem Guss“ erhalten

Mit seinen verbundweiten Standards, dem Gemeinschaftstarif und dem ÖPNV-Finanzierungssystem bildet der VRR die verbundweite Klammer für einen ÖPNV „aus einem Guss“. Dieses System wollen wir auch in den kommenden Jahren erhalten, allerdings auch individuelle Lösungen zur Ausgestaltung des ÖPNV vor Ort zulassen, wenn Sie sich in die verbundweiten Rahmenvorgaben einpassen.

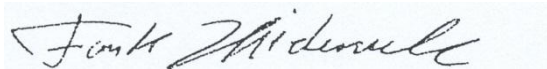
Auch über die Verbundgrenzen hinaus muss die Zusammenarbeit verstärkt werden. Wir werden weiter darauf hinwirken, dass es bei Fahrten in die benachbarten Verbundräume Rheinland und Westfalen zu einer tariflichen Harmonisierung kommt.

Auskömmliche Finanzierung sicherstellen

Sowohl die Erhaltung der teilweise maroden kommunalen Infrastruktur als auch der bedarfsgerechte Ausbau des Leistungsangebotes auf der Schiene erfordern erhebliche Finanzmittel. Es ist deshalb vordringlich, dass Bund und Land ihrer Verantwortung gerecht werden und die Unterfinanzierung des ÖPNV beenden. Gleichzeitig ist nicht hinnehmbar, dass Einsparungen, die die Verbünde im Rahmen von Ausschreibungen erzielen, durch ungerechtfertigte Erhöhungen von Trassen- und Stationsentgelten aufgezehrt werden. Als Vertreter des größten Verkehrsverbundes in Deutschland werden wir auf Landes- und Bundesebene darauf hinwirken, dass endlich eine auskömmliche Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs im Rhein-Ruhr-Raum und darüber hinaus sichergestellt wird.

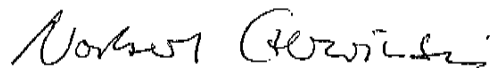
Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Ruhr (RVR)

Im Rahmen seiner Neuorganisation beabsichtigt der RVR, seine Kompetenzen auf dem Gebiet der Verkehrsplanung und Mobilität unter Einhaltung der rechtlichen Zuständigkeiten des VRR zu stärken. Vor dem Hintergrund defizitärer kommunaler Haushalte werden wir darauf hinwirken, dass der Aufbau von Doppelstrukturen vermieden wird. Hierzu scheint die Einführung eines gemeinsamen beratenden Ausschusses sinnvoll.



Frank Heidenreich

Vorsitzender der CDU-Fraktion
in der Verbandsversammlung des ZV VRR



Norbert Czerwinski

Vorsitzender der Fraktion B90/Die Grünen
in der Verbandsversammlung des ZV VRR